



Ausschuss für Bauen und Verkehr

51. Sitzung (öffentlich)

11. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern **5**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

2 Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/ 4834

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Ausschuss für Bauen und Verkehr
51. Sitzung (öffentlich)

11.10.2007
rt-hoe

3 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes (ArtikelG) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4835

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 Erfahrungsaustausch mit der Region Nord-Pas de Calais und der Woiwodschaft Schlesien auf dem Gebiet des Brachflächenrecyclings in öffentlicher Trägerschaft 8

Vorlage 14/1273

– Bericht von MDgt Collinet (MBV) 8

5 Neue Überlegungen zum Vorgang mit den Problemen des Brachflächenrecyclings 10

Vorlage 14/1273

– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) 10

6 Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafensicherheitsgesetz – HaSiG) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4240

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Vorlagen 14/1213 und 14/1298	
Einzelberatung des Einzelplans 14	
– Beratung	22
8 Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)	26
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4582	
<u>In Verbindung mit:</u>	
Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln!	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2583	
Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.	
9 Privatisierungspläne Deutsche Bahn und Haltung der Bundesländer	28
Vorlage 14/1341	
– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV)	28
– Diskussion	29
10 Verlängerung der Nachflugregelung Köln/Bonn	34
Vorlagen 14/1288 und 14/1342	
– Diskussion	34
11 Ergebnisse der Verkehrsministerkonferenz am 9./10. Oktober 2007	36
Vorlage 14/1287	
– Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV)	36
– Diskussion	38

12 Auswärtige Termine

41

* * *

7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Vorlagen 14/1213 und 14/1298

Einzelberatung des Einzelplans 14

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, er habe am gestrigen Tage die Mitteilung erhalten, dass es eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf geben werde. Das Finanzministerium bemühe sich, diese Ergänzungsvorlage den Abgeordneten am 17. Oktober, also einen Tag nach der Kabinettsberatung, zuzuleiten.

Minister Oliver Wittke (MBV) bittet um Verständnis dafür, dass er in der heutigen Sitzung zu den Nachträgen, die seinen Bereich betreffen, noch nichts sagen könne, weil darüber das Kabinett noch nicht befunden habe.

Dieter Hilser (SPD) übt Kritik an dem Verfahren. Es könne nicht sein, dass eine Haushaltsberatung im Plenum und in den Ausschüssen durchgeführt werde, obwohl die abschließenden Daten noch nicht vorlägen. So könne man mit dem Parlament nicht umgehen.

In der Titelgruppe 14 500 – Zuführung aus Überschuss WfA – seien 82 Millionen € veranschlagt. Der Abgeordnete möchte wissen, was die rechtliche Grundlage für diesen Haushaltsposten sei.

Minister Oliver Wittke (MBV) antwortet, für diese Zuführung müsse das Wohnungsbauförderungsgesetz geändert werden, was derzeit in Arbeit sei.

Ergänzungsvorlagen seien geübte Praxis. Dies habe sich vor zweieinhalb Jahren, also seit dem Regierungswechsel, nicht geändert. Grund für die Ergänzungsvorlage seien die neuen Steuerschätzungen. Wenn keine Ergänzungsvorlage erstellt würde, dann könnte die Opposition zu Recht sagen, dass der Haushaltsplan dem Maßstab der Wahrheit und Klarheit nicht gerecht werde. Er biete ausdrücklich an, zwischen dem 17. Oktober und dem 7. November im Rahmen einer Sondersitzung ausführlich über die Ergänzungsvorlage zu beraten.

Bernd Schulte (CDU) legt dar, um sich auf die heutige Sitzung vorzubereiten, habe er vor einigen Tagen die Protokolle der letzten Haushaltsplanberatungen gelesen. Er stelle fest, dass sich der Abgeordnete Hilser (SPD) wiederhole.

Es gehe darum, dass seit Erstellung des Haushaltsplanentwurfs naturgemäß Veränderungen eingetreten seien, die nicht im ursprünglichen Haushaltsplanentwurf hätten berücksichtigt werden können. Insofern gebe es eine Änderungsliste der Landes-

regierung, über die der Minister legitimerweise heute nicht reden könne, da es noch keine Beschlussfassung des Kabinetts sei. Diese Änderungsliste werde in der nächsten Ausschusssitzung vorliegen, wenn auch über die Änderungsanträge der Fraktionen diskutiert werde. Dies sei ein praktikables, sinnvolles und gängiges Verfahren.

Dieter Hilser (SPD) spricht sich gegen eine Beratung des Haushaltsplanentwurfes in der heutigen Sitzung aus, da die Unterlagen nicht vollständig seien.

Bezüglich des Titels 14 500 stelle er fest, dass der Haushaltsplanentwurf Regelungen beinhalte, für die es keine gesetzliche Grundlage gebe.

Horst Becker (GRÜNE) merkt an, nach dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf würden dem Wohnungsbauvermögen immense Mittel entzogen, und zwar mehr als in den Jahren 2006 und 2007. Diese 82 Millionen € stünden natürlich unter Vorbehalt, denn es stelle sich die Frage, ob diese Mittel zur Gesamtdeckung des Haushaltes genutzt würden oder ob sie im Wohnungsbaubereich verblieben. Er erwarte von einer durchsetzungsfähigen CDU, dass Mittel, die dem Wohnungsbauvermögen entzogen würden, dem Einzelplan 14 zugute kämen. In diesem Zusammenhang verweise er nur auf die Kürzungen der Regionalisierungsmittel.

Auch er plädiere dafür, erst dann eine Debatte über den Haushaltsplanentwurf zu führen, wenn alle Unterlagen vorlägen. Er bitte darum, die Änderungsliste den Fraktionen zeitnah zuzuleiten.

Minister Oliver Wittke (MBV) betont, dass dem Wohnungsbauvermögen keine Mittel entzogen würden, denn dies solle aus den Überschüssen des Wohnungsbauvermögens finanziert werden.

Darüber hinaus sagt er zu, den Obleuten die beschlossenen Ergänzungen des Einzelplans 14 noch am 16. November zuzuleiten.

Bernd Schulte (CDU) erläutert, das, was für die Änderungsliste gelte, gelte natürlich auch für die Verwendung von Teilen des positiven Zinssaldos. Die Landesregierung unterbreite einen Vorschlag, der nur dann eine Geschäftsgrundlage erhalte, wenn das Parlament gleichzeitig das Wohnraumförderungsgesetz ändere. Dementsprechend würden gleichzeitig in das Gesetzgebungsverfahren zum Haushaltsgesetz und zum Wohnraumförderungsgesetz zwei Vorschläge Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung sein müssen. Wenn das Parlament dem Vorschlag zum Wohnraumförderungsgesetz nicht folgen sollte, dann hätte die Verwendung von Teilen des positiven Zinssaldos natürlich keine Geschäftsgrundlage. Hier werde das gängige Verfahren kritisiert. Er fordere die Oppositionsfraktionen auf, sich an die Spielregeln zu halten.

Bernhard Schemmer (CDU) empfiehlt den Oppositionsfraktionen, sich inhaltlich mit dem Haushaltsplanentwurf zu befassen. Aufgrund der Aktivitäten der alten Landesregierung habe man unter der Titelnummer 821 10 723 – Kommunale Vorfinanzierung

von Landesstraßen bis 3 Mio. EUR Gesamtkosten je Maßnahme – 2 Millionen € veranschlagt. Wieder einmal müsse heute das Geld zur Verfügung gestellt werden, das die alte Landesregierung ausgegeben habe. Das Gleiche gelte für die Stadterneuerungsmaßnahmen und die Ortsumgehungen, wofür in Summe etwa 10 Millionen € veranschlagt worden seien.

Dieter Hilser (SPD) erwidert, im Jahre 2006 habe die Landesregierung 25 Millionen € zur Zahlung von Zinsverpflichtungen gegenüber dem Bund entnommen. Den Gemeinden habe man Unkostenerstattungen für Verwaltungsausgaben in Höhe von 9 Millionen € zugewiesen. Für die Fehlbelegungsabgabe seien im Jahre 2006 34 Millionen € veranschlagt worden.

Im Jahre 2007 seien 25 Millionen € für Zinsbelastungen, 22 Millionen € für den Grundstücksfonds und 24 Millionen € bezüglich Wegfall des Landeszuschusses veranschlagt worden. Für den Grundstücksfonds seien ja zunächst einmal null Euro zur Verfügung gestellt worden. Eine Änderung habe man vorgenommen, als der Abgeordnete Schulte für seinen Wahlkreis einen eigenen Grundstücksfonds gefordert habe. Insofern wäre es schwierig gewesen, diesen auf Landesebene politisch abzulehnen. Im Anschluss daran seien 22 Millionen € in den Haushalt eingebracht worden, allerdings nicht aus originären Haushaltsmitteln, sondern man habe auf einen Überschuss der WfA zurückgegriffen.

Im Haushaltsplanentwurf für 2008 seien für Zinsverpflichtungen 25 Millionen € und für den Grundstücksfonds 22 Millionen € veranschlagt worden. Darüber hinaus würden nach dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf weitere 60 Millionen € entnommen, wofür es bis heute keine rechtliche Grundlage gebe.

Vor dem Hintergrund sollte man nicht wegen 2 oder 3 Millionen € einen Popanz aufbauen und private Vorfinanzierungen anführen, was gängige Praxis sei, und zwar auch in anderen Bundesländern.

Christof Rasche (FDP) lässt verlauten, Ergänzungsvorlagen habe es auch unter Rot-Grün immer gegeben. Insofern wüssten die Oppositionsfraktionen aus eigener Erfahrung, dass dies in der Natur der Sache liege. Ob eine Sondersitzung erforderlich sei, hänge sicherlich davon ab, inwieweit von der Ergänzungsvorlage der Einzelplan 14 betroffen sei. Insofern plädiere er dafür, die Haushaltsplanberatungen so wie immer durchzuführen. Der Weg sei also eigentlich ganz klar vorgezeichnet. Von daher bringe es nichts, unsachlich weiter zu diskutieren.

Horst Becker (GRÜNE) sagt, selbstverständlich habe man im Bereich der Städtebauförderung des Landes die Mittel gekürzt, und zwar trotz der Entnahmen aus dem Wohnungsbauvermögen der WfA.

Bezüglich der Vorfinanzierung weise er darauf hin, dass diese maßgeblich von der CDU in den Regionalräten eingefordert und beantragt worden sei. Insofern sollte man sich an die eigene Nase fassen.

Minister Oliver Wittke (MBV) betont, wenn man die Haushaltszahlen von 2007 mit denen von 2008 vergleiche, dann stelle man fest, dass das Volumen der Städtebauförderung um 9,5 Millionen € ansteige.

Horst Becker (GRÜNE) merkt an, dass die Städtebauförderungsmittel im Vergleich zu den Jahren, in denen Rot-Grün Regierungsverantwortung getragen habe, gekürzt worden seien.

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, dass im Rahmen des Obleutegesprächs am 24. Oktober darüber beraten werde, ob eine Sondersitzung stattfinde. Er bitte darum, die Änderungsanträge frühzeitig dem Ausschussbüro zuzuleiten. Die abschließende Haushaltsberatung im Ausschuss werde am 8. November erfolgen.